

Bezugspreis: Vierteljährlich 15.00 Mk., monatlich 4.50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Normzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 12. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

An die verlorenen Brüder.

Die erste Arbeit des Völkerbundes.

II. (Schluß)

Ähnlich unvollkommen ist der Washingtoner Vorschlag für ein internationales Übereinkommen zur Abschaffung der weiblichen Nachtarbeit, noch dazu mit Ausnahmen für Arbeiten, durch die kein Betriebsverlust verhilft werden soll.

Am sechster Stelle wird vorgeschlagen eine internationale Vereinbarung über den Wächnerinnenschutz. Sechs Wochen nach der Niederkunft soll keine Frau arbeiten dürfen, und zwar nicht bloß in der Industrie, sondern auch im Handel.

Der deutsche Arbeiterinnenschutz geht in bezug auf Nacharbeit, Pausen und Wächnerinnensfürsorge zum großen Teil weiter. Die Nacharbeit ist bei uns von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten, der Samstagnachmittag frei, eine mindestens einstündige Mittagspause gesichert und die Leistungen des Wächnerinnenschutzes sind durch die Wochenfürsorge der Kriegszeit und jetzt der Revolution besser ausgebaut.

Ein letzter Vorschlag will den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit international regeln. Die Mitgliedstaaten sollen sich verpflichten, die öffentliche und unentgeltliche Arbeitsvermittlung mit paritätischer Leitung einzurichten und sie mit denjenigen der anderen Staaten in Verbindung zu setzen.

Was auf die Arbeitslosenversicherung ist auch hier ersichtlich, daß Deutschland die gestellten Forderungen löst erfüllt. Der Schweizer Gewährsmann dieses ersten Berichtes gibt aber als Grund für die Bescheidenheit der Forderungen an, daß zu radikale Neuerungen als unvermeidliche Folge den Nichtschluß gewisser Staaten gehabt hätten.

Was an dringlichen Wünschen für den Arbeiterschutz übrig blieb, hat man in den neuen Vorschlägen zusammengefaßt, die nicht international, sondern nur für die Landesgesetzgebung gemacht werden und mit denen jeder Mitbestimmungsstaat anfangen kann, was er will. Hier steht der Vorschlag, daß der Berner Übereinkunft über das Phosphorverbot bei der Streichhölzfabrikation beigetreten werden möge (von Deutschland längst betätigt); daß volle Gleichberechtigung in der Zulassung fremder Arbeiter und ihrer Familien zum Genus des Arbeiterschutzes und des Koalitionsrechts der eigenen Arbeiter Platz greifen möge; daß Frauen und junge Leute unter 18 Jahren von der Beschäftigung mit Pleibermwendung ausgeschlossen werden möchten; daß eine richtige Gewerbeinspektion eingerichtet werde; daß die entgeltliche Arbeitsvermittlung möglichst schnell verboten und da, wo sie besteht, der behördlichen Genehmigung unterstellt werde; daß die Anwerbung fremder Arbeiter nur stattfinden dürfe nach Verständigung unter den beteiligten Staaten und nach Befragung der Unternehmer und Arbeiter jedes Landes; daß eine Arbeitslosenversicherung eingerichtet werden müsse und daß die öffentlichen Arbeiten so organisiert werden, daß ihre Ausführung in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit stattfindet. Douter Dinge für welche die deutschen Sozialisten lange vor dem Völkerbund, zum Teil mit gutem Erfolg für ihr Land und mit gar keiner Unterstützung durch die Entente-Länder, kämpften.

Der ständige Verwaltungsrat für das internationale Arbeitsamt der aus 12 Regierungsvertretern, 6 Unternehmern und 6 Arbeitern besteht, hat zum Vorsitzenden Herrn Arthur Fontaine gewählt und den Vollen des Direktors des Arbeitsamtes unterem französischen Genossen Albert Thomas übertragen der dadurch den höchst verdienten bisherigen Direktor Professor Stefan Bauer, vom bisherigen Internationalen

Treue um Treue.

Die preussische Staatsregierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

In die aus Preußen ausscheidenden Staatsbürger! Anknüpfend an die Kundgebung, die der Reichspräsident und die Reichsregierung an die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverband ausscheidenden Reichsteile gerichtet haben, wendet sich die Regierung des Freistaates Preußen auch besonders an ihre von der Abtretung an fremde Staaten betroffenen Mitbürger.

Der dem deutschen Volke aufgezwungene Frieden von Versailles trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit ferndeutscher Bevölkerung, die in jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an seinem ruhmvollen Aufstieg teilgenommen haben, die es durch sorgfältige Verwaltung, unter Einwirkung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates, auf eine hohe Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben.

Das Band deutscher Angehörigkeit wird nun gelöst, das Band der Zusammengehörigkeit der Völker und der Herzen kann keine Macht dieser Erde lösen. Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerbrechen.

Wir gelohen Euch Treue. Haltet sie aus und pflanzt sie in die Herzen Eurer Kinder.

Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden sollte, ist Euch versagt worden. Mit der Reichsregierung steht auch die preussische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen muß.

In diesem Sinne gilt auch für Euch das Wort: Immer daran denken, niemals davon reden!

Beginn der diplomatischen Beziehungen.

In Geschäftsträgern in Deutschland sind ernannt worden:

Von England: Lord Kilmanoch, früher erster Sekretär der englischen Botschaft in Kopenhagen.

Von Italien: Graf Aldrovandi de Marescotti, früherer Ratsmitglied des auswärtigen Amtes im Ministerium Sonnino.

Von französischer Seite: de Marcellij, früherer Generalkonsul in Brüssel.

Von deutscher Seite steht die Ernennung der Geschäftsträger unmittelbar bevor.

Ende der Ostseeblockade.

Nach einer von der Marinekommission in Stettin eingetragenen Drahtung ist die Ostseeblockade seit vorgestern nachmittags aufgehoben. Die ersten deutschen Schiffe sind bereits angelangt.

Arbeitsamt in Basel, das übernommen werden sollte, glücklich verdrängt haben würde.

Endgültig sollen übrigens diese Verwaltungsbeschüsse erst auf der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats geregelt werden, die am 26. d. M. in London stattfinden soll und bei der also voraussichtlich Deutschland wiederum nicht vertreten sein wird. Eine Arbeiterschutzkonferenz in Genf sei ebenfalls für das Jahr 1920 geplant.

Der deutsche Sozialismus kann alle diese Bemühungen nur aufs freudigste begrüßen. Sie sind ja keinerlei originelle Schöpfung des Völkerbundes. Ohne ihre Vorgänger in Berlin, Zürich und Bern, die den den jahrelangen Kämpfen, namentlich auch der deutschen und schweizerischen Arbeiter, zustande kamen würde die Washingtoner Arbeiterschutzkonferenz des Völkerbundes, ebenso wie ihre Beschlüsse, die die deutschen Spuren der Mängel und Vorzüge der früheren Arbeiterschutzkonferenzen tragen, gar nicht möglich gewesen sein. Daß auch jetzt noch keine Anstalt gemacht wird, gerade die fortgeschrittenen Arbeiterschutzländer Europas, namentlich Deutschland und die Schweiz, nachträglich zuzuziehen und gleichberechtigt zuzulassen, nur weil sie, wie Deutschland, bei den Vorkämpfen sind, ist eine jener Unberechenlichkeiten und Gerankungen der Entente, die doch auf die Dauer unhaltbar sind und die geschäftlichen Leistungen der deutschen Arbeiterorganisationen für den internationalen Arbeiterschutz in das hellste Licht, als in das gewollte Dunkel setzen.

Raguard

Die „Ehrentreter“.

Dem Nationalverband deutscher Offiziere hat es arg verschmüpft, daß wir seinen Wutausbruch gegen die Deserteure und Weutereer praktisch auf die Balkenleute angewendet haben. Er sendet uns einen hilflosen und stammelnden Schimpferguß, in dem es heißt:

Unsere tapferen Kämpfer im Vorkrieg haben unter Erdbung unerschütterlichen Willens und bereit, für das Vaterland zu sterben, sich noch einmal bemüht, die deutsche Ehre aus dem Schmutz des 9. November herauszuwischen; sie haben die Fahne „Schwarz-weiß-rot“ hochgehalten.

Wenn die deutsche Ehre keine besseren Hüter hätte, als das Balkenmännchen, das jetzt vaterländischen Boden plündert und stiehlt, dann wäre es allerdings verzeihlich schlecht mit ihr bestellt. Schreibt uns doch selbst ein baltischer Soldat, der seit Anfang Februar in Ausland war, erschütternde Dinge über die Wandlung des Geistes, die er dort erlebt hat. Zu Anfang herrschten Mut, Treue und Begeisterung.

„Über“ — schreibt der Einsender — später fand ich nichts anderes als eine großangelegte Spekulation etlicher gewissenloser Geldmenschen, die Vaterland und Treue auf ihren Fahnen, junges, unverdorbenes Blut über den ... Deutschland weiß nicht, daß in den Tagen des Sommers vorigen Jahres seine Tagebücher und Mordbücher nach dem Lande eilten, von dem man sagte: Dort rollt der Kubell Deutschland bei einer Armeekamarchie gewährt, aus welchen Elementen setzt sich diese Armee zusammen? Deutschland hat seine Grenzen einem Heer geöffnet, das wohl nicht zu zwei Dritteln aus Gehäuel, zu einem Drittel aus Soldaten besteht.“

In einem längeren Bericht, den abzurufen uns der Raumangel verbietet, schildert uns der Einsender, wie im Sommer unter der Parole „Menschen um jeden Preis“ aller Abhub über die Grenze befördert wurde. In den Soldatenheimen sah er nur noch rohe und wüste Gesichter, herumlungernde Tagelöhne, in den Rücken und auf schmutzigen Tischen rohte der Rubel. Auf dem Markt in Mitau wurde öffentlich den Händlern die Ware weggenommen, auf dem Lande verdrängte man sich durch Diebstahl und Plünderung Geld. Der Einsender selber, der mit ehrliefer Begeisterung im Februar herausgezogen war, hat sich mit Teil von diesem Treiben abgewendet. — Arme deutsche Ehre, wenn so deine „Retter“ aussehen!

Achte und neunte Klage.

Wie B. Z. B. meldet, hat der Reichspräsident Gen. Ebert gegen die alldeutsche „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ und gegen die „Ostpreussische Zeitung“ Strafantrag wegen der im Zusammenhang mit dem Fall Sklarz gegen ihn erhobenen beleidigenden Angriffe gestellt.

Nach unserer Fählung, die nicht einmal Ausdruck auf Vollständigkeit erhebt, ist dies die achte und neunte Klage, die von Seiten der Angegriffenen gegen die Verbreiter ehrenrühriger Beschuldigungen erhoben wird. Trotzdem wagen alldeutsche, unabhängige und kommunistische Blätter in trauten Verein immer noch die verlogene Verhauptung, unsere führenden Genossen schenken die gerichtliche Klarstellung der Angelegenheit und trauten sich deshalb nicht zu klagen. Demgegenüber sei festgestellt, daß unsere führenden Genossen in allen Fällen zu Klagen entschlossen sind, wo Verdächtigungen in einer strafrechtlich greifbaren Form ausgesprochen werden. Dies ist bisher geschehen und wird auch weiter geschehen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die deutsche Delegation, bestehend aus Kaiser Draudt, von Vetter und zwei technischen Sachverständigen wohnte am Sonntag vormittag einer Sitzung im Ministerium der öffentlichen Arbeiten bei, an der unter dem Vorsitz von Cassoula die französischen Delegierten von der Kommission für die Heimkehr der Kriegsgefangenen teilnahmen. General Cassouin machte den deutschen Delegierten Mitteilung über die Einzelheiten des Heimkehrungsplanes, der zur Ausführung gelangt, sobald die deutsche Regierung dem Friedensvertrag gemäß des erforderliche Material geliefert hat.

Die Heimkehrung erfolgt auf sechs verschiedenen Linien: über Düsseldorf, Limburg, Mannheim, Offenburg, Basel und Konstanz. Andererseits sind die Heimkehrungen auf dem Seewege in Aussicht genommen, und zwar von Havre, St. Nazaire, La Rochelle, Le Havre und Bordeaux aus.

Die Heimkehrung wird auf allen genannten Linien 24 Stunden nach der Ankunft des nötigen Materials beginnen, worüber den deutschen Delegierten Angaben zugehen. Die

heimliche Delegation wird ihrerseits alle möglichen Koordinationen für eine möglichst rasche Abfahrt der Güter treffen.

Man nimmt an, daß, sobald der Plan voll zur Durchführung gelangt, täglich sechs- oder siebenhundert deutsche Kriegsgefangene nach Deutschland zurückbeordert werden können.

Streikausdehnung in Oberschlesien.

Der ober-schlesische Arbeitereinstreik hat am Sonnabend und Sonntag an Ausdehnung zugenommen, doch dürfte er von nicht allzulanger Dauer sein, da die Zentralleitung der Gewerkschaften die Unterstützung für den Streik in Oberschlesien abgelehnt hat und auch die Gewerkschaftenorganisation abgelehnt hat, sich am Streik zu beteiligen.

Dagegen steht ein Sympathiestreik der Arbeiter und Angestellten der ober-schlesischen Kleinbahn in Aussicht. Die Bahnstrecke, auf denen gestreikt wird, sind zur Bekämpfung des Anstiehs durch Reichswehr und Sicherheitspolizei besetzt worden. Bisher ist die Ruhe nirgends gestört. Die Streikenden sind auf die Osterwilligkeit ihrer Kameraden angewiesen. Der Verkehr wird bis jetzt aufrechterhalten, doch ist vielfach der Güterverkehr lahmgelegt.

Bergarbeiterforderungen in Niederschlesien

Im niederschlesischen Bergrevier sind die Bergleute mit Lohnforderungen hervorgetreten, die eine Verdoppelung der heutigen Lohnsätze bedeuten. Sie verlangen, rückwirkend ab 1. Januar, eine Lohnvermehrung von 100 Proz. sowie eine Versicherungsbeiträge von 1000 M. und für jedes Kind von 500 M. besonders. Auch die Erhöhung der Witwen- und Invalidenpension wird gefordert. Die Forderungen sollen bis spätestens 15. oder 20. d. M. durchgesetzt sein. Eine große Demonstration, die Sonntag in Gottleberg stattfand, beschäftigte sich mit diesen Forderungen.

Hohe Forderungen.

Auf dem Bahnhof Hagenow-Bang hielt der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahner eine Versammlung ab, die zu der Frage der Teuerungszulagen Stellung nahm. In einer Entschließung wurde die sofortige Erhöhung der Teuerungszulage um 300 Proz. gefordert.

Der Ausnahmezustand im Westen.

Der Militärbehörden der Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden wird mit Zustimmung des Reichskabinetts eine Verordnung folgenden Inhalts erlassen:

Mit Zustimmung des Regierungskommissars ordne ich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 für ... im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes an:

Jede Verleumdung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung zu bringen, wird verboten.

Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Lehrmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle.

Gewerkschaften werden nach Maßgabe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 bestraft.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Zum Militärbehörden für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden ist vom Reichswehrminister der General v. Watter ernannt worden. Zum Regierungskommissar wird der Reichs- und Staatskommissar Sebering ernannt.

Im Lattenarrest.

Erinnerungen aus der „guten alten Zeit“ von Arno Reichard.

Es war in den Dezembertagen 1895. Da mußte ich den schweren Golgathagang gehen, den vor mir so mancher brave Kampfgenosse schon gegangen war, den nach mir noch mancher und ich auch selbst noch oft gehen mußte. Von dem Gerichtsgefängnis meines Wohnortes, wo nur Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten verbüßt wurden, war ich zu der langen Straße nach der sächsischen Bergstadt Stolberg „transportiert“ worden. In einiger Entfernung davon winkt eine einsige Raubritterburg, jetzt zum großen Landesgefängnis ausgebaut, auf hohem Berge — Osbernd. Das war mein Ziel. Vor mir hatte man einen Kollegen von der Zeitung gefesselt hinausgeführt, aus dem jüngst verstorbenen Parteilitaranten Edgar Steiger war daselbst passiert. In Ketten durch die Stadt! Ich hatte es bei der strafvollstreckenden Staatsanwaltschaft durchgesehen, daß man mir diese Schmach ersparte.

Mit meinem „Transporteur“, einem Gerichtsbeamten, ging es durch das Städtchen. Die Schuljugend in Scharen dahinter her und schließlich rufen sie hinter uns her „Epigub, Epigub“. Wen sie damit meinen? Ich hatte doch nicht gemauert. Freilich, das konnten die Bergarbeiterjungen nicht wissen, daß ich wegen meiner politischen Betätigung hinein und auch für sie mitgehen mußte für eine bessere Zukunft, auch für sie. So mußte ich denn Weihnachten in dem engen Zellenraum verharren, wie mir das denn dreimal hintereinander befallen war, in meinen besten Jugendjahren. Ich war schon vorbestraft, war deshalb „Mitglied“ der 8. Disziplinarklasse. Nach der Hausordnung konnte ich dabei nicht die Vergünstigung der Selbstbeschäftigung erhalten. Ich mußte in Sträftlingskleidung Gefängnisarbeit verrichten. Von früh 5 bis abends 7 Uhr. Zunächst erhielt ich alte schäbige Webaufsätze, Strumpflängen zum „Wollspulen“. Bald bekam ich eine bessere Arbeit, Korsett- und Taillenschnittstoffe fertig machen, Fustel und Särlingen an diese Panzerstücke ansetzen. Ach, das war doch so schrecklich langweilig. Und ich noch so jung, das Herz und den Kopf so voll von Gedanken, sie drängten nach Betätigung in anderer Richtung, ich wollte mich geistig beschäftigen, und meine Gedanken und Einfälle zu Papier bringen. Man hatte mir trotzdem als besondere Vergünstigung die Erlaubnis gegeben, eine Anzahl Bücher in die Zelle zu nehmen und ein Amtsblatt zu halten. Das war etwas. Ich hätte damit keinen Mißbrauch treiben sollen. Aber ich war noch so jung, das Herz war mir so voll Schweiß und ich wollte, das war mir nicht möglich, es wurde rundweg abgelehnt. Da gelang es mir unter sehr großen Gefahren ein etwa drei Zentimeter langes Stück Bleistift zu erhalten. Bis ein Kleinod wachte ich es. Da ich kein Messer hatte, mußte ich ihn mit den Zähnen spizen. Auch mußte ich ihn ganz sorgsam verstecken. Bei der „Bewegung“ im

Generalstreikhege.

Der Aufruf, zu dem sich Unabhängige und Kommunisten in der „Freiheit“ bündelnd vereinen, um zum Streik für die Freiheit gegen das Reichsparlament aufzufordern, ist zwar gerade in dieser Stunde ein besonders schweres Verbrechen am Volke, aber er bedeutet wenigstens offen eine ehrliche Kampfanzeige gegen Regierung und Parlament. Weit abstoßender und widerwärtiger müßte die Art und Weise an, in der die „Rote Fahne“ für den Generalstreik Propaganda macht.

Sie bestift nämlich nicht den Mut, offen hierzu aufzufordern, wohl aus Furcht vor einer etwa für sie einsetzenden Niederlage, und so sucht sie unter einem Vorwand die Streikbewegung. Sie fordert nämlich die Arbeiterschaft auf, am 15. Januar, die gefallenen Kämpfer durch Arbeitstrübe zu ehren. Uns dünkt diese Art von Heuchelei höchst widerwärtig. Unter der Maske der Pietät soll der politische Kampf ausgefochten werden. Haben wir es nicht früher von den Klassen genau so gehört, wenn diese „zur Erhaltung der Religion“ von den Kanzeln herab Politik trieben und gegen die Sozialdemokratie brühten? Es scheint keine Unerfahrener Humanität zu geben, die von den Kommunisten nicht begünstigt wird.

Sie hat Grundsätze!

Zur rechten Zeit erinnert Stresemann wieder einmal daran, daß die Deutsche Volkspartei, zu deren erlauchtesten Vätern er gehört, Grundsätze hat. Gerade noch früh genug, um diese unnatürliche Tatsache nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Und zwar erinnert er an die Grundsätze in einem Artikel, in dem er zu dem Antisemitismus Stellung nimmt.

In dieser Frage äußert sich das Parteiorgan der „Deutschen Volkspartei“ folgendermaßen:

Die Not der Zeit macht es besonders notwendig, daß das deutsche Volk seiner politischen Eigenart sich wieder bewußt wird und alle geistigen und sittlichen Werte, die in ihm leben, herausarbeitet. Dazu will die Deutsche Volkspartei noch Kräfte miteinbringen. Dagegen bekämpft sie alle Verwirrungsbestrebungen, die an Stelle des Bestrebens zum nationalen Staat und zum deutschen Volkstum das Weltbürgertum setzen wollen. Sie vertritt alle Bestrebungen, die unser Volkstum zurückzuführen wollen zum internationalen und weltbürgertümlichen Zustand. Der sittliche und wirtschaftliche Niedergang unseres Volkes kann nur gelingen, wenn wir zurückkehren zu den alten Grundätzen von Treue, Glauben, Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit im öffentlichen Dienst, in Handel und Wandel. Alle andere geistigen Bestrebungen bekämpft die Deutsche Volkspartei, gleichviel von welcher Seite sie kommen.

Stresemann behauptet, aus dieser Erklärung gehe hervor, daß die Partei es ablehnt, einen — grundsätzlichen Antisemitismus zu betreiben. Wohl! Also doch im Himmelswillen nicht auf Grundsätze festlegen, sondern immer höchst zweideutig laudieren und die Verschwommenheit der praktischen Politik, die man aus der nationalliberalen Vergangenheit erblich übernommen hat, hübsch hinübertragen in die — Grundsätze der „Deutschen Volkspartei“!

Daß der Kampf gegen wesenstrenge Elemente und die Betonung der deutschvölkischen Eigenart stark antisemitischen Einschlag enthält, der dadurch, daß er nicht ehrlich als das hervortritt, was er ist, nicht gerade sympathischer wirkt, hat einen so prinzipienfesten Mann wie Stresemann nicht weiter an.

Nationalistische Vorkleslerung.

Wie weit nationalisierende Sphären gehen, zeigte eine Versammlung des „Auswärtigen für Volksaufklärung“, die dieser Tage in Tempelhof stattfand und zu der Juden keinen Zutritt hatten.

Nachdem der Vorsitzende stichtig auf die Juden geschimpft hatte, hielt Behrer Wolf-Porriert einen Vortrag über „Die Lebensaufgabe des deutschen Volkes“, der eine konfuse, verzerrte Darstellung der germanischen Volkskunde gab. Einleitend sagte der

„Freien“ wurden die Jellen revidiert, in der einzigen Polentafle konnte ich ihn auch nicht aufbewahren. Da hatte ich nur den einen sicheren Aufbewahrungsort, unter dem Koltübel. Papier hatte ich nicht. Ich nahm die weißen Respektblätter hinter den Einbanddecken meiner Bücher. Und nun konnte ich „von Zeug und Liebe singen und von fetter, goldner Zeit“.

Es war vielleicht ein Glück für die „Mit- und Nachwelt“, daß mir dieses teufliche Beginnen bald vereitelt werden sollte. Aber das Glück der Nachwelt sollte mein schweres Unglück werden und mir fürchterliche Leiden bringen. Ich wurde erwischt. Hatte ich doch versucht, einige Sachen hinauszuwerfen und sie meiner Zeitung zum Abend zu senden. Das Schicksal hatte mich ereilt. Es war am Silvesterabend 1895. Von der Bewegung im Felle wurde ich abgeführt in eine kalte Holzerkammer zu ebener Erde, in den Lattenarrest. Ich mußte mich entscheiden, man nahm eine genaue Lebensbeschreibung vor, die sich auch auf die Hände und „andere“ Dehnung erstreckte. „Ham se was im Munde“, mit dieser lebenswichtigen Rede riß man mir den Mund auf und legte hinein, als gelte es darin schwere Kontrebande zu finden. Man nahm mir Unterjacke, Polentaträger, die Schürzenkel aus den Säusen, das Talschentuch und ich vom Hemd den Saum. Das waren Vorsichtsmaßnahmen, daß ich mich nicht aufhängen konnte. Dann ging's hinter die Latten. In einer kalten Zelle stand ein Gitterbau etwa in der Größe eines Kleiderstranks, gerade so hoch, daß man darin stehen und sich nicht rühren konnte. Alles mit schweren Gitterstäben versehen. Darin stand noch eine Holzlampe, in die etwaige Bedürfnisse verbracht werden sollten. In diesem engen Raum in kalter Zelle, zu furchtbar kalter Winterzeit mußte ich, nur mit Dreihöfen und Talschle bekleidet, von früh 5 Uhr bis abends 7 Uhr unruhig stehen. Wie ein wildes Tier eingezwängt! Die Geldkammer Nacht sollte mir eine Abwechslung der Qual bringen. Man ließ mich aus dem Rasten heraus, nahm mir die wenige Kleidung noch und nur mit einer dünnen Decke durfte ich mich auf den Boden, so spitzig aufgelauten Fußboden der Zelle legen. Das waren fürchterliche Nächte. Ein ganz entsetzliches Frieren.

Ich wälzte mich vor Kälte auf dem Fußboden. Der Sturm traf durch die vergitterten Fensterscheiben die Gliederklänge aus der Bergstadt Stolberg, abgeblöht oder doch deutlich vernehmbar, an meine Ohren. Und nun bei dieser Qual die Erinnerungen! Ich dachte der Reinen, dachte der „Diebst“, und dachte des großen Glanzes des ganzen Volkes. Und ich dachte meiner Partei, für die ich leiden durfte. Die Qualen dieser Neujahresnacht waren fürchterlich, es sollten noch mehr solcher Nächte kommen. Am Neujahresabend ging es wieder hinter die Latten. Zu essen gab es nichts, nur eine erste in heißem Wasser aufgeweckte Semmel, die einen aber ansetzte, so daß man gar nicht hatte. Nun stellten sich noch die Qualen des Hungers ein. Diese Qual mußte drei Tage und drei Nächte überstanden werden. Ich meldete mich krank, hatte ich mich doch schwer erkrankt. Der Arzt kam in die Zelle, die „Untersuchung“

Medner: Der Krieg sei gekommen, weil wir unflüchtig waren. Wir müßten Gott danken, daß es so gekommen sei. Dann müßten zu Ehren der Nationalisten die germanischen Götter und Helden anmarschieren. Leider habe sich ein „Jude Loh“ darunter geschmuggelt, das machten die Juden immer — Juden raus! Ich habe ein Lump, ein Epigub, sei der Gott der Schwärze gewesen. Jellen, der „Blonde, blaugraue, grabnasige“, habe den Hah gegen die Juden getrieben.

Dieses unflüchtige Gemüsch ging selbst einem Konservativen Besserer an die Nieren und aus einem Gefühl des Ekel und der Empörung nahm er sich in der Diskussion den „Lehrer“ vor und zeigte ihm, gestützt auf eingehende Sachkenntnis, daß das Reden ebenso dumm wie gemein und heuchlerisch gewesen wäre. Daraufhin großer Wurm, wolle Verhöhnungen, ein verächtlich, anhaltendes, beleidigendes Schlußwort, des „Judenbühners“. So endete die nationale, trendübliche Redeveranstaltung.

Daß der Vorsitzende die jetzige Regierung samt und sonderbumpfenstunde nannte, nur nebenbei.

Das ist Volkswirtschaft! Und um die Kinder leid, die diesem Pädagogen anvertraut sind!

Dankagung.

Genosse Eduard Bernke in bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Als Anlaß meines höchsten Geburtstags sind mir von nah und fern, aus der Feder von Bekannten und Freunden, von Politikern wie von Wissenschaftlern Glückwunschkarten und — aus dem Auslande — Glückwunschkartogramme in so großer Zahl zugegangen, daß es für mich eine Unmöglichkeit ist, sie alle einzeln zu beantworten. Möge es mir daher verziehen werden, wenn ich in diesem Falle einmal in einer persönlichen Sache die Feder in Anspruch nehme.

Ich danke den Schreibern auf diesem Wege von Herzen für die so überaus wohlwollenden Worte, die sie meinem Streben gewidmet haben, mit meinen besten Kräften dem Werk der wirtschaftlichen Befreiung, der geistigen Erhebung und der solidarischen Verbindung der Völker zu dienen. Wenn es zum Ausbahren in diesem Streben noch der Aufmunterung bedürfte, so ist sie mir in diesen Tagen durch die vielen Beweise nachsichtiger Anerkennung in mehr als ausreichendem Maße zuteil geworden.

Einer Zeitschrift, die mich besonders ergriffen hat, glaube ich öffentlich gedanken zu sollen, da sie zugleich als ein Symbol für eine der größten Aufgaben unserer Zeit gelten kann. Ein gleichgestimmter französischer Freund schließt seinen Brief nach Bemerkungen, die sich auf meine Person beziehen, mit folgenden Worten:

„Ich wollte Ihnen einige Blumen schicken. Aber was sollen Blumen inmitten dieses Leugnens, rauben, durch so viele Törlöcher verblühen lassen, für so viele Kinder tödlichen Winters! Ich bitte Sie daher, für Ihre Unterstützungswende, den beifolgenden beiseitigen Beitrag eines „Siegers“ anzunehmen, der sich der Solidarität aller im Kampf nur zu bewußt ist.“

Der diesem von edelstem Gefühl diktierten Schreiben beigelegte Betrag von 500 M. ist von mir einer Körperkraft zugewiesen worden, von der ich sicher bin, daß sie im Sinne des Webers verwendet wird. Den Brief selbst aber glaube ich als ein wertvolles persönliches Andenken aufbewahren zu dürfen.

Berlin-Schlüterberg, den 8. Januar 1920.

Eduard Bernke.

Reichsrecht bricht Landrecht. Nachdem der Reichspräsident durch Verordnung vom 11. Januar 1920 auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden die nötigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung getroffen hat, wird, wie die preussische Staatsregierung mitteilt, der auf Grund des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 verhängte Belagerungszustand, soweit er innerhalb dieser Gebiete noch besteht, aufgehoben.

Darf an Hofens Beamte und Lehrer. Der Regierungspräsident v. Bülow veröffentlicht als Stellvertreter Oberpräsident der Provinz Posen eine Bekanntmachung, die unter Hinweis auf den Hebergang der Staatshoheit auf Polen den preussischen Beamten und Lehrern für ihre treue Arbeit in der Ostmark des preussischen Staates dankt.

geschah aber durch das Köfiglitter hindurch. Ja mußte die Zunge durch das Gitter strecken. „Sie werden es schon noch aushalten“, damit war der Job erledigt, und höhnisch wendete er mir den Rücken. Da hatte ich so viel über sibirische Nighandlung politischer Gefangener gelesen, ob diese Behandlung der zivilisatorischen nachgerstanden hat? Als mein dreitägiges Porträt überstanden war und ich wieder in meine Zelle geführt wurde, glaubte ich, die Freiheit wieder erlangt zu haben, so glücklich fühlte ich mich.

Man nahm mir die Bücher aus der Zelle, selbstverständlich auch das Bleistiftfragment. Ich bekam noch schlechtere Arbeit. Aber ich hatte doch so viel Gedanken! Ich mußte mich während der mechanischen Arbeit geistig beschäftigen. Und da fiel ich wieder auf das Fabulieren und „Dichten“. Wie sollte ich das zu Papier bringen! Rot macht erfinderisch. Man hatte mir unbegründeterweise die gefallenen Zeitungsnummern in der Zelle gelassen. Da rißte ich mit einer Nähnadel Buchstaben heraus, stellte sie zu Stichen und Wörtern zusammen und leckte sie mit Weibsuppenresten auf unbedrucktes Papier, den sog. „Buck“, d. h. die weißen Stellen in der Zeitung, die ich wiederum ausdrückte und aufammenklebte. So machte ich Gedächtnis und Gedächtnis. Ich hatte gerade ein blutdürstiges Gedicht zum 18. März fertiggestellt und in meinem Gesangbuch versteckt. Ich glaubte es dort am sichersten. Aber auch hier zerkleite mich das Schicksal. Diesmal gab es sieben Tage Lattenarrest. Die Qual wurde jetzt noch schlimmer, wie die erste. Die Ereignisse in dem bekannten polnischen Roman „Germinal“, so begann ich vor Hunger Polzspalter zu kauen. Als ich dies überstanden hatte und in meine Zelle geführt werden sollte, brach ich auf der Treppe zusammen. Es stellte sich bald Blutspelen ein und schwere Störungen nach der Nahrungsaufnahme. Bald war auch das dreiwöchentliche Gefängnisleiden überhaupt überstanden.

Als mir der Direktor bei meiner Entlassung dorthin, daß ich es besser hätte haben können, wenn ich nicht „Zummheit“ gemacht hätte, entgegnete ich treuherzig und wieder: „Nun, das nächste Mal wird es schon besser werden.“ — Empört sprang der Direktor auf: „Was, sind Sie noch nicht heraus und Sie reden schon vom nächsten Mal?“ Ja, das war eben der Kampf, der ja damals in Sadowitz ganz niederrichtig geführt wurde. Der Dienst der Wahrheit ist ein strenges Los!

Der Verein Berliner Freilebende veranstaltete Sonntag mittig im Metropol eine Vorstellung heiteren (wenn es noch einen Karneval gäbe, würde man sagen: karnevalistischen) Charakters. „Angels vorwärts! Das Fest des Panbäckers“ (politisch betitelt: ein Aufheben für den Bürger) bei Gelegenheit, Berliner Dumore spielen und altbekannte Dialektspiele erneuern zu lassen. Bredeln, Redendigkeit und musikalische Entzücken brachte die zweite Gabe. Der 2. Akt der „Fledermaus“ mit Einlagen aller Art. Die ersten Namen, die besten Kräfte der Komischen und leichten Muse waren aufgetreten und spendeten den vollen Freudenbecher — in diesen weihnachtlichen Tagen.

